

Bergstraße

Windkraft Bürgerinitiative gegen die geplanten Entega-Anlagen auf dem Stillfüssel bei Wald-Michelbach wollen weiter kämpfen

Es droht ein langer Prozess-Weg

06. Mai 2017

Bergstraße. Mit Enttäuschung haben die Mitglieder der Bürgerinitiativen Gegenwind das Interview mit Dr. Marie-Luise Wolff-Hertwig zur Kenntnis genommen. Aussagen der Vorstandsvorsitzenden des Entega-Konzerns, zum Windpark auf dem Stillfüssel bei Wald-Michelbach belege erneut, wie weit sich Manager und Politiker von der Basis und der Realität entfernt hätten. "Wir haben sehr lange darüber nachgedacht, ob wir auf das Interview überhaupt reagieren sollen", so Vertreter der Bürgerinitiative.

Wolff-Hertwig versuche nach Ansicht der Windkraftgegner, wirtschaftliche Interessen ihres Konzerns unter dem Deckmantel eines "vermeintlichen Klimaschutzes zu vertuschen". Mit ihrem Hinweis auf die katastrophalen Auswirkungen von Atomenergie und Kohle auf die Umwelt starte sie den Versuch, die lokale Windkraft als alternativloses Allheilmittel für das Gelingen der Energiewende zu positionieren.

"Dass dies vor dem Hintergrund von bereits rund 27 000 installierten Windrädern in Deutschland und deren flatterhafter Energieausbeute so nicht funktionieren kann, sollte zwischenzeitlich auch in höheren Management-Etagen von Energieunternehmen angekommen sein", heben die Verantwortlichen der Bürgerinitiative den Finger. Fakt sei, dass der Ausbau der Windindustrie kein einziges konventionelles Kraftwerk ersetzt und daher kein CO2 eingespart wird. "Windkraft ist nicht grundlastfähig, weil es dafür bisher und auch in absehbarer Zukunft keine Speichermöglichkeiten gibt."

Laut den Kritikern gehe es für die Entega nur darum, sich die Teilhabe an den finanziell lukrativen Subventionen über die nächsten 20 Jahre zu sichern. Klar sei, dass die Genehmigung der Windräder am letzten Arbeitstag des Jahres 2016 "nur auf politischen Druck der hessischen Landesregierung und durch massiven wirtschaftlichen Druck von der Entega zustande kam". Die Bürgerinitiative geht noch weiter: Sie habe Informationen, nach denen die Obere Naturschutzbehörde erwogen haben soll, den Windpark Stillfüssel aus artenschutzrechtlichen Gründen abzulehnen. Dass die Entega Ende vergangenen Jahres in ihrem Antrag auf ein Windrad verzichtet habe, sei "eine fadenscheinige Kompromisslösung".

"Fader Beigeschmack"

Einig sind sich Bürgerinitiative und Vorstandsvorsitzende immerhin in einem Punkt: Die Mehrheit der Menschen bekennt sich zur Energiewende. Allerdings, so die BI, sprechen sich in Umfragen 88 Prozent gegen die Errichtung von Windkraftanlagen in Wäldern aus. "15 441 Menschen votieren mit ihrer Unterschrift für den Erhalt der einzigartigen Natur im Eiterbachtal." Doch Wolff-Hertwig verweist auf einen Beschluss der Wald-Michelbacher Gemeindevertretung aus dem Jahr 2011: Damals wurde der Windpark befürwortet. Einen faden Beigeschmack empfinden die Gegner der Anlage, weil Bürgermeister Joachim Kunkel den Vorsitz des Beirats der Entega innehat. Viele Gemeindevertreter bereuten nach Einschätzung der BI inzwischen ihre Zustimmung, vor allem deshalb, "da sie bis heute keinen Einblick in die Vertragsgestaltung zwischen Gemeinde und Entega nehmen konnten".

Die Bürgerinitiative will weiter für einen windkraftfreien Odenwald kämpfen: "Wir distanzieren uns von Drohungen und Gewalt. Uns allen steht ein langer Weg durch die gerichtlichen Instanzen bevor. Auch wenn wir am Ende unser Wunschergebnis verfehlen sollten, können wir im Bewusstsein, alles für den Erhalt unserer Natur und Heimat unternommen zu haben, mit ruhigem Gewissen in den Spiegel schauen. Viele in der Gemeinde können das nicht mehr." *red*

Windkraftgegner wittern Skandal

Noch liegen die Ergebnisse der Ermittlungsbehörden zum Fall des zerstörten Greifvogelhorsts nicht vor. Der war, kurz bevor die Windräder gebaut werden sollten, innerhalb der Ein-Kilometer-Tabuzone der geplanten Standorte gefunden worden. Zwar will die Bürgerinitiative Gegenwind die Ergebnisse abwarten. Dennoch warnen die Mitglieder schon jetzt: Sollte es sich tatsächlich um den Horst eines Uhus gehandelt haben, hätte das den sofortigen Stopp des Projektes zur Folge haben müssen. "Unabhängig von der Frage, ob es sich um eine fahrlässige oder vorsätzliche Zerstörung gehandelt hat, wäre das als ein handfester Skandal zu werten." *red*

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der Mannheimer Morgen Großdruckerei und Verlag GmbH

URL:

http://www.morgenweb.de/startseite_artikel,-bergstrasse-es-droht-ein-langer-prozessweg-_arid,1043071.html